

Rechtschreibreform

Erlaubt ist, was gefällt

Der Duden läßt ahnen, wohin die Rechtschreibreform führt.

Von Thomas Steinfeld

Das Spiel ist offen. Die Ministerpräsidenten mögen glauben, sie hätten den langen Streit um die Rechtschreibung beendet, indem sie in der vergangenen Woche entschieden, die Neuregelung, wie ursprünglich geplant, zum 1. August 2005 in Kraft treten zu lassen.

Sie mögen hoffen, mit der Einrichtung eines "Rats für deutsche Rechtschreibung" alle zukünftigen Auseinandersetzungen in bürokratische Bahnen gelenkt zu haben - auch wenn die Farce dadurch offensichtlich wird, daß der "Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung", der prominentesten Gegnerin der Reform, nur zwei von vierunddreißig Sitzen zugewiesen werden.

Nur - entschieden ist mit dieser Entscheidung nichts, nichts jedenfalls, was für die deutsche Rechtschreibung selbst von Belang wäre.

Warum das so ist, verrät die vor zwei Monaten erschienene dreiundzwanzigste Ausgabe des Duden-Wörterbuchs. Denn viele Zweifelsfälle der deutschen Schreibung werden von diesem Duden nicht mehr geregelt, jedenfalls nicht, wenn sie in den Bereich der Rechtschreibreform fallen.

Sie werden vielmehr freigegeben, in das Belieben des Schreibers gestellt, und zwar so sehr, daß bei den sich rasend vervielfältigenden "Varianten" der deutschen Orthographie in der Regel nicht einmal angegeben wird, welcher Variante der Vorzug zu geben sei - in der vorigen Ausgabe waren die nach der Reform vorzuziehenden "Varianten" immerhin noch rot ausgezeichnet.

In wesentlichen Teilen ist die deutsche Rechtschreibung freigegeben, und das zu einem Zeitpunkt, an dem innerhalb der Sprachgemeinschaft große Einigkeit über die Orthographie herrschte - zum ersten Mal übrigens in der deutschen Sprachgeschichte.

Der neue Duden ist kein amtliches Dokument. Und doch enthält er, nachdem die Kultusministerkonferenz im April den vierten Bericht der Rechtschreibkommission überraschend nicht angenommen hatte, alle wichtigen Änderungen, die in nächster Zeit auf uns zukommen werden - erkennbar schon daran, daß die Redaktion des Duden die jüngste Fassung der orthographischen Regeln, die am Ende des Bandes abgedruckt ist, nur von offizieller Seite hat erhalten können.

Tatsächlich sind die Regelungen, der Versicherung, sie seien "unverändert" zum Trotz, an vielen Stellen neu gefaßt worden - so sehr, daß sie vor allem im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung auf eine Wiederherstellung des alten Zustands hinauslaufen.

Eilig zusammengebastelte Reparatur

Doch dabei handelt es sich um eine billige, eilig zusammengebastelte Reparatur, mit zahlreichen Mängeln und Widersprüchen: Offiziell heißt es jetzt wieder "weitgehend", während

das reformierte "weit gehend" zu den "Varianten" zählt. "Schwerbehindert" und "sogenannt" sind nun "fachsprachlich" wieder korrekt, wogegen das reformierte "so genannt" (das es auch vor der Reform gab) gänzlich abgeschafft wurde.

Es darf wieder "großgedruckt" geschrieben werden, der entsprechende Eintrag "großgeschrieben" fehlt allerdings im neuen Duden. "Vollgefressen" soll es wieder heißen, wenn einer "dickleibig" sei, "voll gefressen" hingegen in allen anderen Fällen. Und die "Fliegenden Fische" sollen nun, weil ebenfalls "fachsprachlich", in großen Lettern daherkommen, obwohl es diese Spezies biologisch gar nicht gibt.

Was werden die Lehrer tun, in solch heilloser Verwirrung? Die wenigsten von ihnen werden in der Lage sein, jedes fünfte Wort einer beliebigen Klassenarbeit im Duden nachzuschlagen - doch genau darauf liefe die neueste Reform hinaus. Wenn nicht etwas anderes, viel Wahrscheinlicheres geschähe: daß sich Lehrer, Eltern und Schüler daran gewöhnen, daß jeder schreibt, so wie es ihm einfällt. Ob das aber im Sinn einer Vereinheitlichung lag?

Artikel erschienen in Süddeutsche online am 15. Oktober 2004

Rechtschreibreform

Erlaubt ist, was verordnet ist

Die KMK beharrt auf der Rechtschreibreform: mehr oder weniger. Man wird weiter über die Reform verhandeln müssen, das Wort sollten aber jetzt die Praktiker haben.

Von Jeanne Rubner

Das Spiel ist aus. Daß die erklärten Gegner der Rechtschreibreform es verloren haben, ist seit spätestens einer Woche klar. In Berlin verweigerten die Ministerpräsidenten dem Niedersachsen Christian Wulff die Gefolgschaft. Der hatte im Sommer versucht, die Reform zu kippen, und blieb als einsamer Kämpfer zurück. Gestern haben die Kultusminister den "Rat für Rechtschreibung" beschlossen, der endlich Frieden im erbitterten Streit stiften soll.

Befürworter und Kritiker sollen sich zusammensetzen und bis August 2005 - dann soll die neue Schreibweise verbindlich sein - die als besonders ärgerlich empfundenen neuen Regeln entschärfen. Im wesentlichen sind das, soweit ist man sich einig, die Getrennt- und Großschreibung sowie die Schreibweise von Fremdwörtern; die Doppel-s-Regel sowie die Trennung von s und t sind weniger umstritten.

Keine paritätische Besetzung

Wer aber auf einen paritätisch besetzten Rat gehofft hatte, wird enttäuscht sein. Zumindest unter den 18 avisierten Ratsmitgliedern aus Deutschland (von den jeweils neun aus Österreich und der Schweiz kann man erwarten, daß sie der Reform prinzipiell zugeneigt sind) werden die Kritiker in der absoluten Minderheit sein.

Da ist zum einen die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung als Gegenspielerin des reformfreudigen Mannheimer Instituts für Deutsche Sprache. Sie soll zwei Sitze erhalten, moniert aber Größe und Zusammensetzung des Gremiums und hat noch nicht entschieden, ob sie mitmachen will. Eher reformkritisch dürfte auch der Schriftstellerverband Pen sein.

Ihnen gegenüber sitzen Schul- und Wörterbuchverleger, die die neuen Regeln weitgehend akzeptiert haben, ebenso Lehrgewerkschaften, die auf Schüler verweisen, denen man eine weitere Umstellung nicht zumuten will. Fast alle Institutionen waren bereits in der "Zwischenstaatlichen Kommission" vertreten, welche die Reform vorangetrieben hat, oder aber in deren Beirat.

Das muß nicht zwangsläufig heißen, daß der neue Rat für Rechtschreibung nur das Marionettengremium einer Kultusministerkonferenz sein wird, die nichts anderes im Sinn hat, als ihr Gesicht zu wahren. Dem früheren Beirat hatten die Kultusminister keine starke Rolle zugedacht, er kam nur dreimal zusammen. Gegenüber der Kommission, die rein sprachwissenschaftlich argumentierte und an die Absolutheit von Regeln glaubte, konnten sich die Sprachpraktiker - Zeitungsverleger, Journalisten oder Lehrer etwa - nicht behaupten.

Jetzt aber sitzen Menschen im Rat, die täglich mit geschriebener Sprache umgehen, und man wird auf sie hören müssen. Es war ja weniger die Reform als die Absurdität mancher starrer Regeln (verspricht der "viel versprechende Politiker" viel oder kann man viel von ihm erwarten?), die die schreibende Bevölkerung nicht einsehen wollte.

Fronten im Rechtschreibkrieg

Die Fronten des Rechtschreibkriegs können nicht mehr zwischen Befürwortern und Gegnern einer längst beschlossenen und sicher teilweise auch politisch entschiedenen Reform verlaufen, sondern allenfalls zwischen Theoretikern und Praktikern.

Aus ist also nur das alte Spiel. Man wird weiter über die Reform verhandeln müssen, das Wort sollten aber jetzt die Praktiker haben. Die neuen Regeln wird man in mühseliger Detailarbeit zu durchforsten und Ungereimtheiten auszumerzen haben. Regeln dürfen nicht so kompliziert sein, daß selbst ein Deutschlehrer sie nicht mehr durchschaut.

Mit Sicherheit kann am Ende der reformierten Reform nicht wieder ein vermeintlich logisches Regelwerk stehen, es werden vielmehr auch Varianten zugelassen sein müssen - übrigens ganz im Sinne des Dudens, der bisher die deutsche Sprache gleichsam verwaltete und neue Schreibweisen gewissermaßen evolutionär aufnahm.

Ob es sich letztlich gelohnt hat, jahrelang verbittert darüber zu streiten, ob man "dass" oder "daß" schreibt oder "st" trennen darf, ist allerdings eine ganz andere Frage.

Artikel erschienen in Süddeutsche online am 15. Oktober 2004